

Überparteiliches Komitee Nein zum teuren Spitalfonds!

Medienmitteilung

Zürich, 7. Mai 2012/ko

Spitalfinanzierung: Kantonale Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 **Nein zum Fonds, Nein zum Gegenvorschlag**

Ja zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, Nein zum Spitalfonds und Nein zum Gegenvorschlag, das fordert das überparteiliche Komitee „Nein zum teuren Spitalfonds“. Es setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der BDP, CVP, EVP, FDP, GLP und SVP sowie aus Wirtschaftsverbänden zusammen. Bei den Stichfragen empfiehlt das Komitee, zweimal die Hauptvorlage A anzukreuzen.

Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz überführt Bundesrecht in die kantonale Gesetzgebung. Der Kantonsrat hat dem Gesetz zugestimmt. Das Komitee unterstützt diesen Entscheid, wie es anlässlich einer Medienkonferenz deutlich machte. Mit der neuen Spitalfinanzierung müssen die Spitäler allerdings Überschüsse erwirtschaften können – oder sie geraten in finanzielle Bedrängnis. Der Spitalfonds führt geradewegs in diese Richtung. Der ebenfalls zur Abstimmung gelangende Gegenvorschlag der Gewerkschaft VPOD gibt vor, die Lohnsituation und die Anstellungsbedingungen für das Personal zu verbessern. Wie sich diese Forderung mit der Absicht vertragen soll, die Spitäler über Abgaben in einen Fonds zu schröpfen, ist völlig schleierhaft.

Umkehr vor dem Aufbruch

Jörg Kündig, Co-Präsident des Komitees und Kantonsrat FDP betonte: „Der Spitalfonds wäre eine Umkehr vor dem Aufbruch!“. Die vom Gesetzgeber gewollte Förderung des Wettbewerbs würde ins Absurde verkehrt. Auf der einen Seite entzieht der Fonds den Spitälern Geldmittel, die sie für die eigene Entwicklung und zu Gunsten der Patientinnen und Patienten einsetzen müssen und wollen. Auf der anderen Seite stützt er Einrichtungen, die im Wettbewerb in Schwierigkeiten geraten. „Der Fonds ist nicht nur ordnungspolitisch falsch, sondern auch gefährlich: Er schwächt gut wirtschaftende Spitäler und stützt ineffiziente Leistungserbringer“, schloss Kündig.

Co-Präsidium:

Martin Arnold
Kantonsrat SVP
Eva Gutmann
Kantonsrätin GLP
Stefan Hunger
Kantonsrat BDP
Jörg Kündig
Kantonsrat FDP
Markus Schaaf
Kantonsrat EVP
Dr. Lorenz Schmid
Kantonsrat CVP

Dr. Lukas Briner
Direktor
Zürcher Handelskammer
Hans-Peter Hulliger
Präsident
Gemeindepräsidentenverband
Hans Rutschmann
Präsident
Kantonaler Gewerbeverband
Martina Wagner Eichin
Geschäftsleiterin
Verband Zürcher Handelsfirmen

Kinderspital gesichert

Das Kinderspital wird gelegentlich als Argument für den Spitalfonds herangezogen. Das zielt an der Sache vorbei. Die Sicherstellung unverzichtbarer Leistungen im Gesundheitswesen ist eine normale Staatsaufgabe. Der Kantonsrat hat mit den §§11, 12 und 20 des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes die dazu nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen. §11a wurde passgenau auf die Situation des Kinderspitals zugeschnitten. Eva Gutmann, Kantonsrätin

GLP, brachte die Haltung des Komitees auf den Punkt: „Die Finanzierung des Kinderspitals und anderer für die Gesundheitsversorgung unentbehrlicher Einrichtungen muss direkt und ehrlich über Steuereinnahmen erfolgen.“

Aderlass führt zu Abwärtsspirale

Der Spitalfonds zweigt bis zu einer halben Milliarde Franken aus Erträgen von Zusatzversicherten zugunsten von ertragsschwachen Spitälern ab. „Dies ist eine gewaltige Umverteilung mit einschneidenden Auswirkungen auf den unternehmerischen Spielraum und die Zukunftsaussichten der Spitäler“, erläuterte Christian Schär die ablehnende Haltung des Verbandes Zürcher Krankenhäuser. Die Spitalerträge aus den Zusatzversicherungen fliessen gemäss Lucius Dürr, Direktor des Schweizerischen Versicherungsverbandes, vor allem in medizinische Innovationen, Weiterbildung des Personals, Hotellerieleistungen sowie in Investitionen und Amortisationen. Fehlen diese Erträge, werden die Spitäler Leistungen zurückfahren müssen. Dies – so Dürr – führe zu einer Flucht aus den Zusatzversicherungen. „Die Spitalerträge erodieren weiter. Eine Abwärtsspirale beginnt sich zu drehen.“

Auskunftspersonen für die Medien:

Eva Gutmann, Kantonsrätin GLP	Mobile: 077 477 90 75
Jörg Kündig, Kantonsrat FDP	Mobile: 079 412 58 61